

Eine Europäische Jobgarantie als sozial-ökologischer Transformationshebel

Welche Strategien und Policies können wir nutzen, um die Transformation zu einer gerechteren und ökologischen Gesellschaft voranzutreiben? Welche Narrative von einem guten Leben für alle können wir stärken, gerade wo Ausschluss und Hass gegen Minderheiten immer lauter in der Mitte der Gesellschaft wird? Welche realpolitischen Umsetzungen gibt es und können als Vorbild dienen? Im Folgenden soll verdeutlicht werden, warum die Einführung einer europäischen Jobgarantie zur Demokratisierung der Arbeit, zur Stärkung lokaler Gemeinschaften und zur Schaffung von Arbeitsplätzen, die die grüne Transformation vorantreiben, beitragen kann. Wir wollen ein Programm vorstellen, welches nicht Fragen der sozialen Gerechtigkeit und die Frage zur Bewältigung des Klimawandels gegeneinanderhält, wie es oft im partei-politischen Diskurs geschieht, sondern beides zusammen denkt und dadurch Transformation mit demokratischer Beteiligung ermöglicht.

1. Europäische Advocacy-Arbeit für eine Europäische Jobgarantie der Grassroot-Organisation ‚Our Global Moment‘

1.1 Zum Hintergrund unserer Arbeit

Der Policy Brief ‚European Perceptions of Public Programmes for Zero Unemployment. Online-Survey and Qualitative Interviews: The Results‘ wurde im September 2023 auf der Webseite der Stiftung ‚Foundation for European Progressive Studies‘ (FEPS) veröffentlicht und zeigt die Ergebnisse einer europaweiten Umfrage sowie einer qualitativen Befragung von Passant:innen in Berlin zur Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung.

Die Grassroot-Organisation ‚Our Global Moment‘ wählte im Dezember 2020 die Idee der Jobgarantie als Kampagnenthema. Angesichts der globalen Pandemie, der damit einhergehenden Prekarität und der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt rückte das Thema Arbeitslosigkeit und der Übergang zu einer CO₂-ärmeren Gesellschaft stärker in den Fokus von Aktivist:innen und der Lebensrealität vieler Menschen. Es wurde ein Momentum für diese wichtigen Fragen erkannt. In dem Konzept einer europaweiten Jobgarantie, welche die grüne Transformation unterstützen kann, sahen wir das Potential sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz zusammenzudenken. Die progressiven Strategien der EU, um die ‚Green Transition‘ zu ermöglichen und die damit verbundenen Investitions- und Regulationsprogramme wie des ‚Green Deals‘, ‚Next Generation EU (NGEU)‘ und ‚Fit For 55 package‘, eröffneten uns als zivilgesellschaftlichen Akteur die Möglichkeit, auf realpolitischer Ebene das Grassroots-Campaigning für eine europäische Jobgarantie vorzubereiten. Während die nationalen Regierungen einen konservativen, nationalen Kurs europaweit einschlagen, bietet die EU weiterhin Raum für ökonomisch progressivere Programme. Grassroot-Bewegungen haben die Möglichkeit, sich direkt auf EU-Ebene einzubringen, indem sie gezielt eine Bottom-up-Strategie sowie Advocacy-Arbeit auf europäischer Ebene verfolgen. Als ehrenamtliche Organisation auf die EU-Ebene direkt abzielen, beruht auf der Skalierungskraft von EU-Entscheidungen, die es ermöglichen, Lösungen in größerem Maßstab umzusetzen. Dabei ist es entscheidend, auch zeitliche Aspekte zu berücksichtigen, da Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels schnell umgesetzt werden müssen, um wirksam zu sein.

Von Strategien des Community Organizing's zuerst geleitet, wurden Research Visits mit Politiker:innen, Wissenschaftler:innen, NGOs und anderen Akteur:innen vereinbart, mit denen wir uns vernetzten und uns zu den Themen Arbeit, Arbeitslosigkeit und Jobgarantie austauschten und diskutierten. Mit der europäischen politischen Stiftung 'FEPS' wurde ein Research Visit vereinbart, bei dem schnell deutlich wurde, dass ein gemeinsames Interesse daran bestand, ein fundiertes Meinungsbild der Öffentlichkeit zum Thema Arbeitslosigkeit in Europa und zum Konzept der Jobgarantie zu erhalten. Insbesondere der Bottom-Up-Ansatz von 'Our Global Moment' und das Einbeziehen zivilgesellschaftlicher Initiativen und Meinungen aus der Gesellschaft wurden als Chance wahrgenommen, eine breite Unterstützung aus der Bevölkerung sichtbar machen zu können. Diese Ergebnisse nutzten wir wiederum in unserer Advocacy-Arbeit, um die Verbreitung vom Konzept der Jobgarantie voranzutreiben. Ziel war ebenso die Bildung eines europäischen Netzwerks von gemeinnützigen Organisationen und Wissenschaftler:innen, das über nationale Grenzen hinweg breite Unterstützung für eine europaweite Jobgarantie zum Ausdruck bringt und dadurch die Aufmerksamkeit der Europäischen Kommission darauf lenkt, dass es sich um ein von verschiedensten Akteur:innen länderübergreifend angestrebtes Konzept handelt: Die polnische Initiative „Europe, a Patient“, die französische Initiative „Territoires Zero Chômeur de longue Durée“ und die italienische „Fondazione Pietro Nenni“ schlossen sich mit uns zusammen.

Im weiteren Verlauf wurde ‚Our Global Moment‘ von FEPS im Juni 2022 beauftragt, eine europaweite Online-Survey zu konzipieren, durchzuführen (Februar 2023) und auszuwerten (August 2023), um Sichtbarkeit für das Thema Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung zu schaffen und zu evaluieren, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Betrachtung in verschiedenen Ländern vorherrschen. Die Umfragen boten uns die Gelegenheit, den Befragten das Konzept der Jobgarantie vorzustellen, Reaktionen zu prüfen und ihre Verbreitung weiter voranzutreiben.

1.2 Wichtige gewonnene Erkenntnisse aus dem Policy Brief

Die vorausgehende Annahme vor den Umfragen war, dass Beschäftigung möglicherweise nicht mehr als zentrales politisches Anliegen wahrgenommen wird. Doch gerade das Gegenteil war unsere Erkenntnis: Arbeit wird als zentrales Thema erkannt, das fast alle betrifft und zu dem alle Befragten fundierte Ansichten äußern können (FEPS, 2023, S.6).

Durch den Policy Brief sollte das Problembewusstsein der EU-Bürger in Bezug auf Arbeitslosigkeit, deren Auswirkungen auf das eigene Leben und mögliche politische Reaktionen darauf untersucht werden. Ausgangspunkt war das Verständnis, dass die EU-, nationale und regionale Politik die Klimakrise ebenso wie das Thema einer menschenwürdigen und zukunftsorientierten Beschäftigung angehen müssen und dass die Jobgarantie in diesem Zusammenhang ein attraktives und umsetzbares Konzept darstellt. Die Studie basierte auf einer Online-Umfrage mit 475 Teilnehmenden aus mindestens 24 europäischen Ländern, wobei die meisten entweder in Deutschland oder Italien ansässig waren, gefolgt von Belgien und Frankreich. Die Online-Umfrage wurde durch eine vorherige qualitative Studie in der Stadt Berlin ergänzt, um einige der im quantitativen Teil gewonnenen Antworten und Einstellungen zu kontextualisieren und zu überprüfen (FEPS, 2023, S. 18). Die qualitativen Gespräche in Berlin gaben einen starken Eindruck von der Wichtigkeit, die das

Thema Arbeit für fast alle Befragten einnimmt und offenbaren zugleich, wie selten dieser Austausch im öffentlichen Raum stattfindet.

Eine der wichtigsten Erkenntnisse aus der Online-Befragung war, dass viele Menschen Arbeitslosigkeit als ein relevantes Thema betrachten, dass aber gleichzeitig zu wenig Aufmerksamkeit bekommt und die Politik zu wenig bemüht ist, es zu lösen. Ein weiterer Punkt war die Frage nach den persönlichen Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und der Wahrnehmung der Teilnehmenden hinsichtlich ihrer (ehemaligen) Beschäftigungssituationen. Die Auswertung zeigte, dass eine beträchtliche Anzahl der Befragten entweder selbst negativ von Arbeitslosigkeit betroffen war oder Menschen in ihrem näheren Umfeld hatten, die sich in dieser Situation befanden. Über die Hälfte von ihnen berichtete von gesundheitlichen Problemen, die mit ihrer Arbeit in Verbindung stehen. Dieser Aspekt selbst verdeutlicht die Notwendigkeit, wenn wir die ökologische Transformation bewerkstelligen wollen, dass wir grundlegend Arbeit anders gestalten müssen, damit sie auch für Menschen nachhaltig ist.

Die Umfrage untersuchte zudem aus Sicht der Befragten zwei Themen, die durch die EU-Wirtschaftspolitik angegangen werden könnten: Eintrittsbarrieren in den Arbeitsmarkt und den Arbeitsort. Im Ländervergleich zeigte sich zunächst, dass Befragte in Deutschland und Belgien, mehr als in Frankreich oder Italien, mit so niedrigen Löhnen konfrontiert waren, dass diese abschreckend wirkten, ihnen nur befristete Arbeitsverträge angeboten wurden und sie Diskriminierung erfuhren. Diese Ergebnisse entsprechen tendenziell den Auswirkungen des großen Niedriglohnsektors in Deutschland, allerdings sollten die Ergebnisse aufgrund der etwas begrenzten Anzahl von Befragten pro Land mit Vorsicht betrachtet werden. Zweitens ergab die Umfrage, dass ein hoher Prozentsatz der in Italien lebenden Menschen in ländliche Gebiete ziehen würde, wenn dort Arbeitsplätze angeboten würden. In Deutschland, Frankreich und Belgien waren die Antworten gemischter, was dennoch auf ein Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Regionen hinweist, etwa durch Programme wie die Jobgarantie (FEPS, 2023, S. 18).

Folgende drei Punkte können zum zusammengefasst als Ergebnis des Policy Briefs hervorgehoben werden:

1. Der öffentliche Sektor als zentrale Triebkraft der grünen Transformation erhielt deutlich mehr Unterstützung als der private Sektor.
2. Es herrscht allgemein eine große Zustimmung gegenüber einem öffentlich finanzierten Jobprogramm, das im Kontext der Umfrage als Unterstützung für eine Jobgarantie verstanden werden kann. Die Arten von Arbeitsplätzen, die unter diesem Programm am meisten Unterstützung fanden, waren im Pflege-, Umwelt- und Wassererhaltungssektor (blauer Sektor) angesiedelt.
3. Die Umsetzung des Programms würde auf EU-Ebene bevorzugt werden, auch wenn sie nicht als die realistischste Option angesehen wurde im Gegensatz zur nationalen oder lokalen Ebene. Die Antworten in der qualitativen Umfrage zeigten, dass die Menschen die Idee zwar begrüßten und sie als logisch oder sinnvoll erachteten, es jedoch einige Zweifel hinsichtlich ihres nicht-sanktionierenden Charakters und ihrer Eignung in Bezug auf die geforderten Aufgaben gab.

Gerade die Realisierbarkeit eines solchen öffentlichen Programms war von vielen kritisch bewertet, auch wenn ihnen die Idee grundsätzlich gefiel. Deshalb betrachten wir nun ein konkretes Beispiel, welches als Vorreiter für eine europaweite Einführung gelten kann.

2. Paradigmenwechsel in der Jobvermittlung durch bedarfsorientierte Jobschaffung anhand des Beispiels der Jobgarantie ‚TZCLD‘

Im Konzept der Jobgarantie besteht die Chance eines Paradigmenwechsels in der Jobvermittlung, da es durch die bedarfsorientierte Schaffung von Arbeitsplätzen einen Gegenentwurf zur aktuellen ‚skillbasierten‘ Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt darstellt. Durch die Schaffung neuer Jobs können Bedarfe auf kommunaler Ebene durch die Partizipation verschiedener Akteur:innen ermittelt und realisiert werden. Indem von den Stärken und Fähigkeiten der Arbeitssuchenden ausgegangen wird und es zu einem Abgleich mit benötigten Jobs in der Region kommt, werden Spielräume für demokratische Planung eröffnet. Aktuelle Jobgarantie-Programme weisen bereits Elemente lokaler Bedarfsplanung sowie Formen von Räte-Modellen auf, die innerhalb einer transformativen Umsetzung weiter ausprobiert und ausgeweitet werden könnten. Durch die Implementierung der JB kann ein rechtlicher und politischer Rahmen vergrößert werden, in dem Arbeit demokratischer organisiert ist und gesellschaftliche Herausforderungen partizipativ und gemeinschaftlich angegangen werden.

Als konkret realisiertes Beispiel sollen im Folgenden die Grundelemente und Rahmenbedingungen der Initiative ‚Territoires zéro chômeur de longue durée‘¹ betrachtet werden. Die TZCLD-Assoziation wurde durch einen Zusammenschluss von NGOs (ATD Fourth World, Secours catholique, Emmaüs France, Le Pacte civique und Fédération des acteurs de la solidarité) 2016 gegründet. Für einen Vergleich und Überblick der verschiedenen JB-Initiativen (und der Frage nach der ‚design choice‘) wird auf den Policy Brief ‚Towards zero long-term unemployment in the EU: Job guarantees and other innovative approaches‘ verwiesen.

Das französische Projekt stellt einen innovativen Ansatz zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit dar. Dieses Modell, das als Beispiel für eine erfolgreiche Umsetzung einer Jobgarantie in Frankreich dient, basiert auf einem rechtlichen Rahmen, durch den 2016² das erste Gesetz eingeführt wurde, welches Bezug auf ein 2003³ in Kraft getretenes Gesetz nimmt. Dieses ist als Recht auf ‚lokales Experimentieren‘ mit dem Titel ‚Loi constitutionnelle du 28 mars 2003 relative à l’organisation décentralisée de la République‘ in der französischen Verfassung verankert.

Das Kernziel der Initiative ist die Ermöglichung von guter und sinnstiftender Arbeit für alle. Dabei werden diese drei grundlegenden Annahmen vorausgesetzt:

1. Niemand ist unvermittelbar.
2. Es gibt nicht zu wenig Arbeit.

¹ <https://www.tzclld.fr/>

² <https://etclld.fr/la-loi/>

³ <https://www.vie-publique.fr/loi/269799-loi-constitutionnelle-du-28-mars-2003-organisation-decentralisee>

3. Es gibt nicht zu wenig Geld für die Finanzierung von neuen Jobs, da Arbeitslosigkeit die Kommunen mehr kostet als die Gewährleistung von Recht auf Arbeit (TZCLD, 2023).

Die Vermeidung von sozialen Kosten durch Langzeitarbeitslosigkeit und deren komplette Abschaffung langfristig, die Garantie für einen Job für alle und die Erhöhung der Lebensqualität der Kommunen sind die wichtigsten Ziele (EC, 2024, S.44). Tcherneva verweist im Hinblick auf das Programm, dass das allgemeine Wohlbefinden der Partizipanten und die Möglichkeit auf Beschäftigung über dem Mindestlohn hinaus angestiegen ist sowie Bürgermeister von einer positiven Veränderung in den Kommunen berichten (Tcherneva, 2023, S. 11).

Die Implementierung erfolgte in zwei Phasen. Die erste Phase (2016-2021) umfasste 10 Gemeinden, während in der zweiten Phase (2016-2026) auf 56 lokale Gemeinschaften ausgeweitet wurde. Bis 2026 sollen es 60 Gebiete sein. Bis Ende 2021 wurden in 15 lokalen Experimenten 955 Arbeitsplätze geschaffen, wobei die Geschlechterverteilung mit 54% Frauen und 45% Männern relativ ausgeglichen war. Bis zum aktuellen Zeitpunkt wurden insgesamt 2056 Arbeitsplätze generiert. Lokal agieren die 'Local committee for employment' (Comité Local pour l'Emploi, CLE), welche den Gemeinderat und die zuständigen Bürgermeister:innen als Vorsitz haben. Auf nationaler Ebene gibt es den Fonds zur Finanzierung 'Experimentation Fund against Long-Term Unemployment' (Expérimentation Territoriale contre le Chômage de Longue Durée, ETCLD) und die Steuerung durch die TZCLD Assoziation (EC, 2024, S. 44).

Das totale Budget erstreckt sich auf 80 Millionen Euro für 2024, was ein jährliches Budget pro Teilnehmer von 22906,79 Euro ergibt. Für 2023 waren es noch 43 Millionen Euro. Der Staat finanziert 95% des Bruttostundenlohns für jede Person in Vollzeit durch den 'ETCLD' Fond. 15% kommen von den Departments selbst. Der European Social Fund+ unterstützt die TZCLD Assoziation, aber nicht den Fond 'ETCLD' (EC, 2024, S. 44).

Ein Gebiet (territoire), woher sich der Name ableitet und das nicht als Verwaltungseinheit gilt, besteht in der Regel aus einer oder mehreren Kommunen mit etwa 5.000 bis 10.000 Einwohnern. Um die Organisation zu erleichtern, wurde eine Obergrenze von 400 arbeitslosen Personen pro Gebiet festgelegt. In der Praxis liegt die Teilnehmerzahl in den meisten Unternehmen jedoch zwischen 20 und 100 Personen. (EC, 2024, S. 20).

Die Methodik des TZCLD-Projekts basiert auf vier Hauptsäulen:

1. Entwicklung eines Konsenses: Gemeinden, die Arbeitslosigkeit bekämpfen wollen, wenden sich an das Projekt. Daraufhin wird ein lokaler Beschäftigungsausschuss (CLE) gegründet, der die administrative Umsetzung übernimmt, die Anzahl der möglichen Teilnehmer bestimmt mit Hilfe der lokalen Akteure und Gelder beim ETCLD Fond beantragt.
2. Identifikation und Ansprache von Langzeitarbeitslosen: Hierbei erfolgt keine Selektion außer dem Kriterium der Langzeitarbeitslosigkeit, welche länger als 12 Monate besteht und der eingetragene Wohnort, welcher länger als 6 Monate in der Region besteht. Teilnehmende müssen nicht als arbeitslos registriert sein. In Gesprächen werden die Wünsche, Fähigkeiten und Entwicklungsziele der

Teilnehmenden eruiert. Die Teilnahme ist vollständig freiwillig. Diese bildet laut der qualitativen Evaluation des Programms ein Kernprinzip für die Effektivität der Initiative (EC, 2024, S. 13). Es werden verschiedene Coachings angeboten.

3. Identifikation nützlicher Aktivitäten: Der CLE identifiziert unbefriedigte Bedürfnisse in der Gemeinschaft und entwickelt Aufgaben, die diese Bedürfnisse erfüllen können. Dabei wird darauf geachtet, keine Konkurrenz zu bestehenden Arbeitsplätzen zu schaffen und die lokale Wirtschaft zu stimulieren. 32 % der Jobs können dem Bereich ökologische Transition zugeschrieben werden und 23 % dem sozialen (EC, 2024, S. 44).
4. Gründung von Unternehmen für Beschäftigungszwecke (enterprises à but d'emploi - EBE): Diese setzen sich aus verschiedenen Stakeholdern zusammen, darunter Unternehmen, NGOs, Einzelpersonen, relevante lokale Behörden und die Langzeitarbeitslosen selbst. Die EBEs sind entweder bestehende lokale NGOs oder werden neu gegründet. Ein zentrales Merkmal des TZCLD-Ansatzes ist, dass die geschaffenen Arbeitsplätze formell regulären Arbeitsverhältnissen entsprechen und somit alle französischen Arbeitsrechte, einschließlich des Mindestlohns, gelten. Die EBEs haben die Aufgabe, Arbeitsplätze zu finden oder zu schaffen, die den Fähigkeiten und Neigungen der Arbeitssuchenden entsprechen. Beispiele für geschaffene Jobs: Recycling, Fahrradreparatur, Nähwerkstätte, Lieferdienste, Hausmeisterdienste, Demontage, Gartenbau (EC, 2024, S. 44).

Um die demokratischen Prozesse näher zu beleuchten, soll hier kurz skizziert werden, wie Menschen, die dauerhaft von Beschäftigung ausgeschlossen sind, selbst Mitgestalter am Projekt sind. Auf der Webseite von TZCLD finden wir folgende Beschreibung, von uns ins Deutsche übersetzt:

“Die Jobs werden auf Grundlage der Fähigkeiten und Fertigkeiten der Teilnehmenden geschaffen, die Arbeit wird an sie angepasst. Es findet vor der Einstellung in einem Beschäftigungsunternehmen (Entreprise à But d'Emploi, EBE) eine Phase der Arbeitsplatzvorbereitung statt, an der die betroffene Person vollumfänglich beteiligt ist. Wenn sie es wünschen, können sie sich auch im Projekt engagieren, um Beschäftigung zu einem Recht in ihrer Region zu machen. In den mobilisierten Regionen lässt sich häufig die Entstehung kollektiver Dynamiken beobachten, wie zum Beispiel Arbeitsgruppen zu den zukünftigen Tätigkeiten der EBE oder zur Kommunikation über das Projekt. Die Freiwilligen beteiligen sich außerdem an der Steuerung des Projekts innerhalb des lokalen Beschäftigungsausschusses (Comité Local pour l'Emploi, CLE). Schließlich haben sich einige Kollektive dauerhaft beschäftigungsloser Personen zu einer Vereinigung zusammengeschlossen, wie zum Beispiel die „Tailleurs de bouleau“ im Pays de Colombey und im Süd-Toulois. Daher ist die Gestaltung der Phase der Arbeitsplatzvorbereitung entscheidend, um die dauerhaft beschäftigungslosen Personen zu aktiven Beteiligten des Projekts zu machen.”⁴

⁴ <https://www.tzclld.fr/faq/question/quel-est-le-role-des-personnes-privees-durablement-demploi-dans-le-projet/>, aufgerufen am 20.09.2024.

Hier noch die genauere Funktionsweise der EBEs, wo TZCDL die Frage beantwortet, was ein EBE macht:

“Ein Beschäftigungsunternehmen (Entreprise à But d’Emploi, EBE) ist ein Unternehmen der Sozial- und Solidarwirtschaft, das durch das Gebiet, in dem es ansässig ist, und den Fonds für Experimentierung anerkannt ist. Dieses Unternehmen hat die primäre Aufgabe, zusätzliche, auf dem Gebiet fehlende Arbeitsplätze zu schaffen, die auf die dauerhaft beschäftigungslosen Bewohner der Region zugeschnitten sind, die es auf Vorschlag des lokalen Beschäftigungskomitees (CLE) einstellt.

Die von der EBE geschaffenen Arbeitsplätze gelten als zusätzlich, das heißt, sie konkurrieren nicht mit den bestehenden Arbeitsplätzen in der Region und unterstützen das lokale wirtschaftliche Gefüge. Diese Strukturen können ad hoc geschaffen werden oder von bestehenden Unternehmen (Strukturen der Beschäftigungsförderung, angepasste Unternehmen usw.) getragen werden, die ihre Instrumente zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit weiterentwickeln möchten.

Sobald der Konsens zwischen den Beteiligten hergestellt ist, legt die Region die Anzahl der zusätzlich zu schaffenden Arbeitsplätze fest, die notwendig sind, um die Arbeitslosigkeit lokal zu beseitigen. Diese Schätzung muss im Laufe der Begegnungen mit dauerhaft beschäftigungslosen Personen und während der gesamten Laufzeit des Projekts angepasst werden. Das CLE bestimmt somit, wie viele Einheiten der EBE kurz- und mittelfristig geschaffen werden müssen, um diese Arbeitsplätze in der Region zu produzieren. Ein EBE wird also von einer berechtigten Region zum Abschluss eines Abkommens vorgeschlagen, um die Einstellung von dauerhaft beschäftigungslosen Freiwilligen in der Region zu ermöglichen. Dieses Abkommen ist dreiseitig: zwischen der EBE, der betroffenen Region und dem Fonds für territoriale Experimentierung gegen Langzeitarbeitslosigkeit (ETCLD). Der Schwerpunkt des Abkommens liegt auf dem Einstellungsplan des Unternehmens, der für drei Jahre seine Hochlaufphase vorsieht. Als Finanzierer sind der Staat und die betroffenen Departements ebenfalls Mitunterzeichner dieses Abkommens.”⁵

Innerhalb Frankreichs ist die Umsetzung gut realisierbar, was an der schnellen Implementierung in anderen Gebieten zu sehen ist. Die französische Jobgarantie gilt als Vorbild für die gleichnamige belgische Initiative, und für die in Italien geplante Initiative: ‘Territori Zero disoccupazione Corviale/Tor Bella Monaca à Rome’. Die Umsetzung, Finanzierung und Evaluierung umfassen die Kernelemente eines Programms, das durch die Zusammenarbeit von EU, Staat, Gemeinden, Kommunen, NGOs und den lange Zeit von Arbeit Ausgeschlossenen selbst, Arbeit auf lokaler Ebene transformativ und demokratisch gestaltet und realisiert wird.

⁵ <https://www.tzcd.fr/faq/question/entreprise-a-but-demploi-ebe>, aufgerufen am 20.09.2024.

3. Europäische Jobgarantie als Stärkung demokratischer Prozesse und Schwächung rechter Kräfte

Der Zusammenhang zwischen einer Zunahme der Unterstützung für rechte Parteien und Arbeitslosigkeit sowie genereller wirtschaftlicher Unsicherheit ist in der wissenschaftlichen Literatur hinlänglich belegt. Ein Beispiel für den Erfolg der Nationalsozialisten bei den Wahlen in Deutschland in den Jahren 1930 bis 1933 ist in der Studie von Galofré-Vilà et al. (2017) zu finden, in der die These aufgestellt wird, dass dieser auf Austeritätsmaßnahmen zurückzuführen ist. Studien zu jüngeren Zeitpunkten in Großbritannien zeigen einen ähnlichen Zusammenhang zwischen Austeritätsmaßnahmen und rechtspopulistischem Zuwachs in Wahlergebnissen, wie er am Beispiel des Brexit deutlich wird (Fetzer, 2019). Auch wenn in einem Land keine generelle Austerität vorherrscht, kann die Konkurrenz auf begrenzte Arbeitsplätze der migrantischen und nicht-migrantischen Bevölkerung ausreichen, um den Aufstieg rechter Parteien zu begünstigen, wie eine Studie aus Schweden zeigt (Dehdari, 2021). Der ökonomische Aspekt stellt zwar einen zentralen Faktor dar, jedoch ist er nicht der einzige.

Darüber hinaus existieren weitere Aspekte, die den Aufstieg unabhängig oder synergetisch mit ökonomischen Faktoren begünstigen. Die erwähnte Migration ist dabei von ausschlaggebender Bedeutung, wie anhand der Studie von Rooduijn & Burgoon (2018) aufgezeigt wird. Demnach wird bei einer geringeren Nettomigration im Land trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten eher ein linksradikales Wahlergebnis begünstigt. Studien belegen, dass auch Faktoren wie Bildung, Selbstwertgefühl, soziale Integration (Sachweh, 2020) sowie ein generelles Misstrauen gegenüber dem Establishment eine signifikante Rolle spielen (Hansen et al., 2017; Algan et al., 2017). In der Mittelschicht, wo akute ökonomische Sorgen oft nicht der Hauptgrund für rechtspopulistische Tendenzen sind, spielen Statusängste und das Gefühl der fehlenden Zugehörigkeit eine wichtige Rolle (Rhein, 2022). Die Wahrnehmung einer relativen ökonomischen Abnahme der unteren Mittelschicht – nicht ihrer Verarmung – resultiert in einer Erhöhung der Tendenz, außer konservativen auch rechte populistische Parteien zu wählen (Kurer, 2020). Die Stigmatisierung von Arbeitslosigkeit als eigenes Versagen kann Gefühle von Scham hervorrufen, was dazu führen kann, dass Individuen der Mittelschicht rechtspopulistische Parteien wählen (Salmela, 2017). Bei Individuen, die in ökonomisch selbständigen Positionen tätig sind, also Milieus, die eher in der Mittelschicht angesiedelt sind, lässt sich eine Präferenz für rechte Parteien eher mit dem Streben nach Autonomie erklären (Langsaether et al, 2020).

Ein weiterer Aspekt, der in diesem Kontext zu berücksichtigen ist, ist das Geschlecht. Ralph-Morrow (2020) zufolge zeigen Männer eine stärkere Affinität zu rechtsextremen Organisationen als Frauen. Dies lässt sich auf eine divergierende Ausprägung von Werten und Einstellungen zurückführen. Eine weitere nicht zu vernachlässigende Dimension ist die Stadt-Land-Beziehung. In Regionen, in denen sich die Bevölkerung von der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung abgehängt und vergessen fühlt, finden rechte Parteien größeren Zuspruch (Deppisch, 2021). Des Weiteren darf die rechte politische Tradition nicht unterschätzt werden (Schwander et al., 2017). Im Rahmen der Analyse ist darüber hinaus der spezifische kulturelle Kontext jeder Nation zu berücksichtigen, ebenso wie die Präsenz oder das Fehlen linker Alternativen.

Die zuvor dargelegten Aspekte veranschaulichen die Komplexität der Präferenzbildung hinsichtlich der Wahl rechter Parteien. Die Annahme, dass eine einzige Maßnahme sämtliche dieser Problematiken lösen könnte, ist als unrealistisch zu erachten. Dennoch entfaltet die Jobgarantie eine multidimensionale Wirkung, die über eine einfache arbeitsplatzschaffende Maßnahme hinausgeht. Um die Wirkung adäquat einordnen zu können, ist eine Differenzierung nach zeitlichen Ebenen erforderlich. In diesem Zusammenhang ist eine Differenzierung zwischen kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Auswirkungen erforderlich. Kurzfristige Maßnahmen zielen auf die ökonomische Entlastung der Betroffenen ab. Die mittel- und langfristigen Auswirkungen umfassen die Verbesserung der psychischen und physischen Gesundheit, die Förderung eines Gemeinschaftsgefühls sowie, wenngleich nicht als explizites Ziel der meisten Jobgarantie-Programme genannt (EC, 2024, S. 13), die Wiedereingliederung in den regulären Arbeitsmarkt durch die Vermittlung von Fähigkeiten.

In diesem Kontext ist insbesondere auf die sinnvolle, bedarfsorientierte, community-basierte und wirtschaftlich demokratische sowie planerische Ausgestaltung von Arbeitsplätzen zu verweisen, wie sie anhand des TZCLD-Modells oben näher betrachtet wurde. Die Kernpunkte der lokalen Bedarfsermittlung und der Flexibilität des Programms, welches sich an die spezifischen Bedingungen und Ressourcen jeder Region anpasst, können insbesondere für ländliche Kommunen mit begrenzten Mitteln und spezifischen Bedarfen von großem Nutzen sein. Die eingangs genannte Online-Survey-Studie (FEPS, 2023), die mit Teilnehmern hauptsächlich in Deutschland (N = 145, 80 % leben in urbanen Regionen) und Italien (N = 122, 77 % leben in urbanen Regionen) durchgeführt wurde, sind von Interesse in Bezug auf das Stadt-Land-Verhältnis einer mehrheitlich städtischen Bevölkerung. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass 46 % der befragten Personen in Italien einen Umzug in ländliche Regionen in Erwägung ziehen würden, sofern ihnen ein Arbeitsplatz garantiert würde. In Deutschland liegt dieser Anteil mit 26 % deutlich niedriger (FEPS, 2023). Die Ergebnisse zeigen, dass eine Jobgarantie unterschiedliche Auswirkungen auf ländliche Regionen in verschiedenen Ländern haben kann. In der Praxis hat sich jedoch gezeigt, dass die Skalierung auf benachteiligte ländliche Räume mit Schwierigkeiten verbunden ist (EC, 2024, S. 34). Diese Faktoren sind auf die fehlende Infrastruktur und Dienstleistungen sowie die Abwesenheit von NGOs, die bestimmte organisatorische Fähigkeiten mitbringen und an der Erstellung neuer Arbeitsplätze mitwirken, zurückzuführen (EC, S. 12, S. 34). Die Einrichtung lokaler Beschäftigungsausschüsse (im Original: "local employment committees", LEC) wie im Beispiel von TZCLD ist von entscheidender Bedeutung für den Erfolg des Vorhabens (EC, S. 45). Zudem ist die Etablierung eines Netzwerks von Arbeitgebern durch das LEC erforderlich. Diese Voraussetzungen sollten gegeben sein, um die Umsetzung in benachteiligten ländlichen Regionen zu ermöglichen und einen Effekt gegen den Rechtsruck zu erzielen .

Im Rahmen einer sinnvollen, nicht konkurrierenden freiwilligen Arbeit können Menschen mit Migrationshintergrund sowie Geflüchtete gezielt mit der nicht migrantischen Bevölkerung in Kontakt gebracht werden. Auf diese Weise kann eine Reduktion der Vorurteile erzielt werden, wie die "Contact Hypothesis" nahelegt. Diesbezüglich kann eine etwaige Jobgarantie je nach Umsetzung einen wichtigen Beitrag leisten. Die Studie von Andersson (2021) in Dänemark demonstriert die Anzeichen der Effektivität der "Contact Hypothesis". Dabei wurden Personen mit und ohne Migrationshintergrund in eine gemeinsame Aufgabe involviert, Seite an Seite die Tätigkeit durchzuführen. Bei politisch polarisierten Personen zeigt sich dieser Effekt hingegen weniger stark (Danckert et al., 2017), was die Ergebnisse der Studie von Mau (2023) stützt, die postuliert, dass "Polarisierung der Politisierung folgt". Dies verdeutlicht die Notwendigkeit

von adäquat beaufsichtigten und moderierten Programmen besonders für den ländlichen Raum.

Ein weiteres Charakteristikum der Jobgarantie, welche im Rahmen der TZCLD-Programme in Frankreich implementiert wird, ist die partizipative Planungskomponente. In Bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen birgt das Potenzial, den Arbeitsmarkt nachhaltig zu transformieren, eine vielversprechende Möglichkeit. In diesem Kontext sei angemerkt, dass es sich hierbei um ein langfristiges Ziel handelt, welches eine Skalierung der Projekte erfordert. Kurz- sowie mittelfristig lässt sich eine demokratiefördernde Wirkung prognostizieren, sofern eine adäquate Begleitung gewährleistet ist. Die Schaffung von Arbeitsplätzen, die sich am Bedarf orientiert und durch eine Jobgarantie abgesichert ist, kann als ein Schritt zur Demokratisierung der Arbeit betrachtet werden. Die Möglichkeit, Arbeit nicht nur als Mittel zum Gelderwerb, sondern auch als Beitrag zur Gemeinschaft und zur persönlichen Entwicklung zu betrachten, wird durch die Jobgarantie eröffnet. Diese Ausgestaltung entspricht dem Konzept der "Dekommodifizierung der Arbeit" (Ferreras, 2020). Diese Einstellung würde es zahlreichen Menschen, die unter prekären und ausbeuterischen Bedingungen arbeiten und sich als "Produkt" auf dem von Konkurrenz getriebenen Markt behaupten müssen, ermöglichen, ein neues Verhältnis zu ihrer Arbeit zu entwickeln. In der Konsequenz würde dies zu einer Veränderung des Verhältnisses zu sich selbst führen, welches nicht länger von Stigmatisierung und Schamgefühlen geprägt wäre. Die Kommodifizierung der Arbeit sowie die daraus resultierende starke Konkurrenz um geringe Arbeitsplätze und die prekären Arbeitsbedingungen lassen sich aus der Auswertung des Online-Surveys (FEPS, 2023) ableiten, in dem die vier meistgenannten Hürden für den Einstieg in den Arbeitsmarkt ermittelt wurden. Die Auswertung des Online-Surveys ergab, dass 41 % der Befragten den geringen Lohn, 33 % die geringen Arbeitsplätze in der Region des Wohnsitzes, 32 % die starke Konkurrenz und 30 % die nur kurzen, befristeten Verträge als Hindernis für den Einstieg in den Arbeitsmarkt betrachten. (FEPS, 2023b)

Die ersten Anzeichen der gewünschten Einstellungsänderung werden als "Soft Outcome" bei TZCLD-Programmen beobachtet. Dabei lässt sich eine Stärkung von Vertrauen, Selbstvertrauen, Selbstwertgefühl, sozialer Integration und Wohlbefinden feststellen (EC, 2024, S. 45). Dies könnte dazu beitragen, Frustration, soziale Isolation, Scham und Misstrauen zu reduzieren, was wiederum die Tendenz, sich politisch rechts zu orientieren, verringern könnte.

In den Pilotprojekten in Groningen (Niederlande) ist insbesondere der Aspekt der Inklusion hervorzuheben. Ein besonderes Augenmerk gilt dem Aspekt der Inklusion für Männer über 50 Jahre (N = 50) (EC, 2024, S. 38). Diese Gruppe ist von besonderer Relevanz, da, wie zuvor dargelegt, insbesondere Männer von rechten Organisationen angezogen werden. Eine weitere bedeutsame Gruppe sind junge Menschen im Alter von 18 bis 25 Jahren, die ebenfalls bei den jüngsten Wahlen in Deutschland der AfD hohe Stimmzahlen gaben (Küster, 2024, Mujagić, 2024).

Auch der Zugewinn rechter Parteien bei der Europawahl zeigt den Bedeutungszuwachs toxischer Narrative der Rechten und deren Präsenz im öffentlichen Diskurs. Fabian Virchow erwähnt in 'Rechtsextreme Narrative in sozialen Medien – Merkmale, Einfluss auf junge Menschen und Umgang hiermit' unter anderem den Narrativ von der 'Entmachtung der Nationalstaaten durch eine bürokratische und die 'volklichen' Eigenheiten gefährdende

Europäische Union' (Virchow, 2024, S. 7). Dieser Narrativ geht so: 'Diese [die EU] sei von den unmittelbaren Problemen der *einfachen Leute* weit entfernt und habe eine neue Kaste hervorgebracht, die mit dem Ziel des Machterhalts Politik mache bzw. Ereignisse wie die Covid-19-Pandemie nutze, wenn nicht herbeiführe, um als Teil eines Masterplans einer kleinen globalen Elite Macht, Kontrolle und Reichtum zu beschere.' (Virchow, 2024, S. 7) Gerade auf solche europaskeptischen und gefährlichen Erzählungen muss mit positiven Gegenerzählungen und konkreten Beispielen im sozialen Netz reagiert werden, um junge Menschen zu erreichen. Es braucht eine Stärkung der Sichtbarkeit von europäischen demokratischen Prozessen im direkten Umfeld und die vermehrte Möglichkeit zur Partizipation und Mitbestimmung auf lokaler Ebene. Gerade in einer Zeit komplexer Krisen und einer wachsenden Hilflosigkeit verbunden mit einer gefühlten politischen Ohnmacht können rechte Narrative, die auf starke Emotionen abzielen und vermeintlich einfache Lösungen auf komplexe Fragen geben, weiter an Popularität gewinnen. Das Narrativ für ein gutes Leben für alle, welches im Konzept der Europäischen Jobgarantie sich findet, kann helfen, ein gemeinschaftliches, positives Menschenbild für ganz Europa zu propagieren, wo es nicht um Ausschluss, sondern um Inklusion und Kooperation aller zu einem Anstieg von Wohlbefinden der ganzen Gemeinschaft führt. Gerade eine der hartnäckigsten Narrative neoliberaler Erzählung der Leistungsgesellschaft kann damit in Frage gestellt werden von der alleinigen Verantwortung des unternehmerischen Selbst und seines Scheiterns: "Jeder ist seines Glückes Schmied." (El Ouassil, Karig, 2021) Dadurch können Stigmatisierung und Abwertung verringert und entgegengewirkt werden, welche rechte Narrative für ihre Zwecke instrumentalisieren.

4. Veränderung von Arbeit durch technischen Wandel und Klimawandel in der Zukunft

In dem Bericht für das Joint Research Centre (JRC), dem Wissenschafts- und Wissensservice der Europäischen Kommission, untersucht Reto Bürgisser die Auswirkung auf den Arbeitsplatz durch den technischen Wandel und zählt drei politische Strategien auf, mit welchen Regierungen darauf reagieren können: Compensation Policies, Investment Policies und Steering Policies. Compensation Policies zielen darauf ab, für Arbeitnehmer finanziell zu sorgen, die durch Technologie verdrängt wurden (Bürgisser, 2024, S. 3). Darunter zählt Bürgisser das Konzept der Jobgarantie und verweist auf das gleichnamige Buch 'Plädoyer für eine Jobgarantie' von Pavlina Tcherneva. Als ein in der Vergangenheit realisiertes Projekt wird ebenso Roosevelts New Deal in den 1930er Jahren genannt, mit dem groß angelegte Arbeitsprojekte in der ganzen USA finanziert und bis zu 4,5 Millionen Arbeiter beschäftigt wurden. Zwei große Vorteile für die Einführung einer Jobgarantie werden aufgeführt, um die durch den technischen Wandel bedingte Arbeitslosigkeit abzdämpfen. Erstens kann der Staat als "employer of last resort" eine hohe Nachfrage nach Jobs schaffen und befriedigen, wie kein anderer Arbeitgeber. Zweitens kann durch die kurzzeitige Beschäftigung eine Art "Puffer" für den privaten Arbeitsmarkt geschaffen werden, welche den Verlust von Humankapital während längerer Perioden ohne Beschäftigung verhindert, wie von Tcherneva in "Plädoyer für eine Jobgarantie" ausgeführt (Bürgisser, 2024, S. 5). Hier wäre weiter zu vertiefen, inwieweit eine Jobgarantie gestaltet wäre, die es zum Ziel hat, für kurze Zeit Arbeit als Ausgleich zu den verlorenen Arbeitsplätzen zu dienen und die Beschäftigten wieder auf den privaten Arbeitsmarkt so schnell wie möglich bringen möchte. Das Design müsste sich von dem oben beschriebenen Programm von TZCLD unterscheiden, wo gerade die

Zielgruppe der Langzeitarbeitslosen und zuallererst die Frage nach der sozialen Inklusion im Mittelpunkt steht. Als Nachteile werden die zwei Punkte genannt: (post-)keynesianische Wirtschaftspolitik und expansive Fiskalpolitik wird nicht gerade von der politischen und wirtschaftlichen Elite präferiert (Blyth, 2013), und die praktische Gestaltung und Umsetzung soll nicht zu einer Konkurrenz mit bereits bestehenden öffentlichen und privaten Arbeitsplätzen führen (Bürgisser, 2024, S. 5). Die Schaffung von Jobs, die keine Konkurrenz zu schon bestehenden bilden, ist ein Kernelement der schon in die Realität umgesetzten Initiativen wie von 'TZCLD' oder 'Marienthal Jobgarantie Pilot' und zeigt, dass es durch Vorausplanung und Vorbereitung durchaus umsetzbar ist. Dieser Abschnitt soll einen kleinen Einblick geben, dass die Jobgarantie ein flexibles Konzept ist, welches auch bei Veränderungen des Arbeitsmarktes durch technische Veränderungen und Transformationsprozesse eine wichtige Strategie der aktiven Arbeitspolitik bildet, Potential birgt und in der Forschung weiter mitgedacht werden sollte.

In Anbetracht der Substitution niedrig qualifizierter, repetitiver Bürojobs der Mittelschicht durch KI-Automatisierung erscheint eine vorsichtige Einschätzung der Tragfähigkeit einer Jobgarantie, die den Mindestlohn gewährleistet, geboten. Der ökonomische Verlust sowie der einhergehende Statusverlust könnten bei vielen Menschen eine reaktionäre Haltung begünstigen, zumindest im kurzfristigen Zeithorizont. Eine mögliche Skalierung solcher sinnvollen und gemeinnützigen Tätigkeiten könnte jedoch zu einer Reduktion der Stigmatisierung durch Statusverlust führen. Es würde sich eine kritische Masse an Menschen in diesen Berufen direkt (Nutznießer) oder indirekt durch die Verwaltung dieser (NGOs, Kommunen, Angestellte) bilden, die von der Nützlichkeit dieser Berufe profitieren und diese daher auch politisch stark vertreten können.

In Anbetracht der ökonomischen Herausforderungen in der EU, wie beispielsweise den Entlassungen in der klassischen Industrie (z. B. Volkswagen) in Deutschland (Thiele, 2024), einer Arbeitslosigkeit in Europa zwischen fünf und sieben Prozent (ILO, 2023, S. 81) sowie den Herausforderungen durch die Erderwärmung, wäre die Implementierung von Maßnahmen in der Größenordnung des oben bereits erwähnten New Deal, eine vielversprechende Strategie. Das Civilian Conservation Corps (CCC) - eines von vielen Programmen des New Deals - rekrutierte zwischen 1933 und 1942 circa 3 Millionen junge Männer im Alter von 18 bis 25 Jahren (Salmond, 1967). Die Mitglieder des CCC wurden in verschiedenen Bereichen eingesetzt, darunter Katastrophenprävention, Renaturierung, Parkgestaltung und Ähnliches (Merrill, 1981).

Die Renaturierung von Gebieten sowie Maßnahmen zur Klimaanpassung stellen eine unabdingbare Notwendigkeit zur Milderung der Folgen der Erderwärmung dar. Des Weiteren können auch Care-Jobs, wie beispielsweise Nachbarschaftshilfe, in den Fokus gerückt werden. Folglich kann von Gemeinnützigkeit gesprochen werden. In Verbindung mit dem Prinzip der Organisation der Jobgarantie-Programme, wonach die Arbeitskraft entsprechend ihrer individuellen Eigenschaften und Fähigkeiten eingesetzt wird, unabhängig von der aktuellen persönlichen Situation - „no one is unemployable“- (siehe Punkt 2 oben), sowie der Möglichkeit, von Arbeitslosigkeit verschont zu bleiben - dauerhafte „Damoklesschwert“ der Arbeitslosigkeit (Schwerdtner, 2023, S. 134 ff.) würde dies zu einer erheblichen Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führen. Die potenziellen Auswirkungen dieser psychischen Entlastung auf eine große Skala sowie die Auswirkungen auf verschiedene Milieus und soziale Gruppen lassen sich gegenwärtig nicht exakt abschätzen. Allerdings kann

auf Basis der jüngsten Evaluierung der Jobgarantie-Pilotprojekte eine Steigerung der Lebensqualität für die Nutznießer beobachtet werden (EC, 2024, S.36). Dies könnte dazu beitragen, reaktionäre Tendenzen aufgrund von Frustration und ökonomischer Unsicherheit zu lindern. Die Skalierung der Jobgarantie, also die Institutionalisierung und Erweiterung unseres Wohlfahrtssystems, kann als Umsetzung des Artikels 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte betrachtet werden, welcher das Recht auf Arbeit festschreibt. Die Einführung der Jobgarantie auf EU-Ebene mit einem solchen Framing könnte dazu beitragen, dass die Stigmatisierung geringer ausfällt, das Vertrauen in die demokratischen Institutionen wächst und damit auch rechte Parteien Stimmen verlieren.

Das inklusive Merkmal der Jobgarantie ("no one is unemployable") demonstriert, dass die gemeinnützigen und sinnvollen Tätigkeiten geringe Qualifikationsanforderungen haben müssen. Dies verdeutlicht, dass die Jobgarantie nicht für hochqualifizierte Tätigkeiten gilt, sondern für weniger qualifizierte Aufgaben. Dies impliziert, dass die Ausführung der Tätigkeit ohne eine signifikante Zeitspanne für die Aneignung von Wissen und Fähigkeiten erfolgen muss. Hieraus lässt sich ableiten, dass die Jobgarantie keinen direkten Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels leisten kann, da es hierbei um fachspezifische Kenntnisse geht, deren Aneignung eine Ausbildung von einigen Monaten bis zu Jahren erfordert. Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels wurde ein europäisches Förderprogramm (ESF+) eingeführt, welches speziell auf die Bewältigung von Engpässen in Bezug auf Qualifikationen und Arbeitskräfte in der EU ausgelegt ist (EC, 2024b). Im Rahmen des deutschen Pilotprojekts "Solidarisches Grundeinkommen (SGE)" in Berlin konnte jedoch nachgewiesen werden, dass Fachkräfte durch die Unterstützung von mehr Personal, welches im Rahmen einer Jobgarantie in bereits vorhandenen Arbeitsplätzen integriert wird, entlastet werden können (EC, 2024, S. 47). Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Fachkräfte durch die Unterstützung von Teilnehmenden der Jobgarantie hätte einen zweifachen Effekt: Einerseits würde die Frustration von Fachkräften aufgrund hohen Arbeitsaufwandes gemindert, andererseits würde die Wahrnehmung der Jobgarantie verbessert, was zu einer Entstigmatisierung der durch die Jobgarantie geschaffenen Berufe beitragen könnte. Eine weitere Möglichkeit, die Beschäftigungsgarantie als Instrument zur Bekämpfung des Fachkräftemangels zu etablieren, besteht darin, die Betroffenen nicht zu überfordern und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich schrittweise umzustrukturieren und mittelfristig eine Ausbildung als Fachkraft anzustreben. Dadurch könnte der Fachkräftemangel mittel- bis langfristig teilweise kompensiert werden.

Literatur:

Algan, Yann/ Guriev, Sergei/ Papaioannou, Elias/ Passari, Evgenia. (2017). The European Trust Crisis and the Rise of Populism. *Brookings Papers on Economic Activity*, 2017, 309 - 400. <https://doi.org/10.1353/ECA.2017.0015>

Andersson, Henrik/ Dehdari, Sirus. (2021). Workplace Contact and Support for Anti-Immigration Parties. *American Political Science Review*. 115(4): 1159-1174. <https://doi.org/10.1017/S0003055421000599>

Bürgisser, Reto. (2023/04). Policy Responses to Technological Change in the Workplace. In *JRC Working Papers Series on Social Classes in the Digital Age*, https://joint-research-centre.ec.europa.eu/system/files/202301/JRC130830_Policy_responses_technological_change_workplace.pdf

Blyth, Mark. (2013). *Austerity: The History of a Dangerous Idea*. Oxford: Oxford University Press.

Danckert, Bolette/ Dinesen, Peter/ Sønderskov, Kim Mannemar. (2016) Reacting to Neighborhood Cues? Political Sophistication Moderates the Effect of Exposure to Immigrants. <https://academic.oup.com/poq/article/81/1/37/2503317?login=false>

Dehdari, Sirius H. (2022). Economic Distress and Support for Radical Right Parties—Evidence From Sweden. *Comparative Political Studies*, 55(2), 191-221. <https://doi.org/10.1177/00104140211024301>

Deppisch, Larissa. (2021). "Where people in the countryside feel left behind populism has a clear path" - an analysis of the popular media discourse on how infrastructure decay, fear of social decline, and right-wing (extremist) values contribute to support for right-wing populism.

El Ouassil, Samira/ Friedemann, Karig. (2021). *Erzählende Affen. Mythen, Lügen, Utopien - wie Geschichten unser Leben bestimmen*.

European Commission (EC). (2024). Towards zero long-term unemployment in the EU: Job guarantees and other innovative approaches. [Report by European Social Fund Plus]. <https://www.esf.lt/data/public/uploads/2024/03/study-on-job-guarantees-initiatives-in-europe-2024-03-06.pdf>

European Commission (EC). (2024b). *Tackling labour and skills shortages in the EU*. Abgerufen am 28. September 2024, von https://commission.europa.eu/news/tackling-labour-and-skills-shortages-eu-2024-03-20_en

Fetzer, Thimo. (2019). "Did Austerity Cause Brexit?" *American Economic Review*, 109 (11): 3849–86.

Ferreras, Isabelle/ Battilana, Julie/ Méda, Dominique. (2020). Democratize work. The case for reorganizing the economy.

Foundation for European Progressive Studies (FEPS). (2023). *European perceptions of public programmes for zero unemployment*. [Policy Brief]. Bruxelles: FEPS. <https://fepeurope.eu/wp-content/uploads/2023/09/European-perceptions-of-public-programmes-for-zero-unemployment.pdf>

Foundation for European Progressive Studies. (FEPS) (2023b). Infographic - EUROPEAN PERCEPTIONS OF PUBLIC PROGRAMMES FOR ZERO UNEMPLOYMENT. Abgerufen am 13. September 2024, von <https://feps-europe.eu/publication/european-perceptions-of-public-programmes-for-zero-unemployment/>

Galofré-Vilà, Gregori/ Meissner, Christopher/ McKee, Martin/ Stuckler, David. (2017). Diese Studie untersuchte den Zusammenhang zwischen Austeritätspolitik und dem Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland der 1930er Jahre. Sie fanden einen signifikanten Zusammenhang zwischen Sparmaßnahmen und NSDAP-Wahlergebnissen. <https://www.semanticscholar.org/paper/Austerity-and-the-Rise-of-the-Nazi-Party-Galofr%C3%A9-Vil%C3%A0-Meissner/625ca38c21742b6f111b4647b77413fff69ae4f5>

International Labour Organization (ILG). (2023). World Employment and Social Outlook. Trends 2023, S.81. Abgerufen am 12.09.2024 von https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---inst/documents/publication/wcms_865332.pdf

Kurer, Thomas. (2020). The Declining Middle: Occupational Change, Social Status, and the Populist Right. *Comparative Political Studies*, 53, 1798 - 1835. <https://doi.org/10.1177/0010414020912283>.

Küster, Stefanie. (2024, 10. Juni). Europawahl 2024: Warum junge Menschen AfD gewählt und Grüne abgestraft haben. *hessenschau.de*. Abgerufen am 13. September 2024 von <https://www.hessenschau.de/politik/europawahl/europawahl-2024-warum-junge-menschen-afd-gewaehlt-und-gruene-abgestraft-haben-v1,wahlverhalten-jungwaehler-100.html>

Langsaether, Peter/ Evans, Geoffrey. (2020). More than self-interest: Why different classes have different attitudes to income inequality. *The British journal of sociology*. <https://doi.org/10.1111/1468-4446.12747>

Mau, Steffen/ Lux, Thomas/ Westheuser, Linus. (2023). Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft.

Merrill, Perry H. (1981). Roosevelt's Forest Army, A History of the Civilian Conservation Corps, S. 9.

Mujagić, Emina. (2024, 3. September). Experte zu Wahlverhalten: Warum wählen viele Junge die AfD? *ZDFheute*. Abgerufen am 13. September 2024 von <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-junge-waehler-gruende-thueringen-sachsen-generationenforscher-100.html>

Noam Gidron/ Jonathan J. B. Mijs. (2019). Do Changes in Material Circumstances Drive Support for Populist Radical Parties? Panel Data Evidence from the Netherlands during the Great Recession, 2007–2015, *European Sociological Review*, Volume 35, Issue 5, Pages 637–650, <https://doi.org/10.1093/esr/jcz023>

Ralph-Morrow, Elisabeth. (2022). The Right Men: How Masculinity Explains the Radical Right Gender Gap. *Political Studies*, 70(1), 26-44. <https://doi.org/10.1177/0032321720936049>

Rhein, Philipp. (2022). "Negativ privilegiert statt deklassiert: Der andere Groll der AfD-WählerInnen" *Sozialer Sinn*, vol. 23, no. 1, pp. 49-71. <https://doi.org/10.1515/sosi-2022-0003>

Rooduijn, Matthijs/ Burgoon, Brian/ van Elsas, Erika/ van de Werfhorst, Herman. (2017). Radical distinction: Support for radical left and radical right parties in Europe. *European Union Politics*, vol 18(4), page 536-559.

Sachweh, Patrick. (2020). Social Integration and Right-Wing Populist Voting in Germany. How Subjective Social Marginalization Affects Support for the AfD. <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/auk-2020-0015/html?lang=de>

Salmela, Mikko/ von Scheve, Christian. (2017). Emotional roots of right-wing political populism. <https://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1177/0539018417734419>

Salmond, John A. (1967). The Civilian Conservation Corps CCC 1933–1942: a New Deal case study.

Schwander, Hanna/ Manow, Philip. (2017). It's not the economy, stupid! Explaining the electoral success of the German right-wing populist AfD.

Schwerdtner, Ines. (2023). Arbeit und Überarbeitung, in: Genug! Warum wir einen politischen Kurswechsel brauchen.

Tcherneva, Pavlina. (2018). Plädoyer für eine Jobgarantie.

Thiele, Marlene. (2024). VW kündigt Tarifverträge - Entlassungen ab Juli 2025 möglich. *BR24*. Abgerufen am 13. September 2024 von <https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/vw-kuendigt-tarifvertraege-entlassungen-ab-juli-2025-moeglich,UNyxrm3>

Tcherneva, Pavlina. (2023). A Job Guarantee for Europe. <https://feps-europe.eu/wp-content/uploads/2022/09/A-Job-Guarantee-For-Europe.pdf>

TZCLD association. (2023). *Territoires zéro chômeur de longue durée. Project 2023 Presentation*. Abgerufen am 27.09.2024.

Virchow, Fabian. (2024). Rechtsextreme Narrative in sozialen Medien – Merkmale, Einfluss auf junge Menschen und Umgang hiermit. Abgerufen am 25.09.2024 von <https://www.bzjk.de/resource/blob/240364/b4c3068e23fba890d814b80fa76d3306/20242-narrative-der-extremen-rechten-data.pdf>